

EDITORIAL

❖ In den Vereinigten Staaten haben die Zwischenwahlen am 7. November den Demokraten die vorausgesagte Mehrheit im Repräsentantenhaus und Senat beschert. Das ist absolut nichts Ungewöhnliches. Nach sechs Jahren einer Doppelpräsidentschaft musste Präsident George W. Bush mit starkem Gegenwind im Kongress rechnen. 1994 hat Bill Clinton – ebenfalls nach sechs Jahren Amtszeit – die gleiche Erfahrung machen müssen. Damals hatten die Republikaner in beiden Häusern die Mehrheit errungen, weil sie die Amerikaner mit einem „Vertrag mit Amerika“ – einem relativ konkreten Plan für eine republikanisch inspirierte Reformpolitik – überzeugen konnten. Den Demokraten ist für den jüngsten Urnengang nichts Vergleichbares eingefallen. Sie setzten auf die allgemeine Unzufriedenheit mit der Administration Bush, die sich nährte durch ausbleibende Erfolge in der Irakpolitik und durch zahlreiche Fälle von Korruption, in die die bisherige Mehrheit stärker verwickelt war als die Demokraten.

Deshalb wären die Demokraten schlecht beraten, sich von den Erfolgen in beiden Häusern des Kongresses und auch bei den Gouverneurswahlen allzu stark blenden zu lassen. Ihre Erfolge sind vor allem der dramatisch geschwundenen Popularität des Präsidenten geschuldet. Mit ihrer neuen Mehrheit werden die Demokraten versuchen, dem Präsidenten während der beiden letzten Jahre seiner Amtszeit die Hände zu binden. In der Innenpolitik dürfte ihnen das sehr viel leichter fallen als in der Außenpolitik. Als Bill Clinton vor zwölf Jahren seine Mehrheit verlor, formulierte er einen Satz, den die Demokratien heute bedenken sollten: „Die Verfassung verleiht dem Präsidenten Relevanz.“



Dies gilt natürlich vor allem für die Außenpolitik. Wenn George W. Bush aus dem Wählervotum den zutreffenden Schluss zieht, seine Irak-Politik einer grundlegenden Revision zu unterziehen, dann wird diese Aufgabe nicht von Demokraten geleistet werden können, sondern nur von ihm selbst. Dass er Verteidigungsminister Rumsfeld entließ und dieses Amt dem früheren CIA-Direktor Robert Case anvertraute, ist ein erster Ballastabwurf. Für ihn ist jetzt Kooperation mit den Demokraten angesagt, um eine politisch möglichst breite Exitstrategie für den Irak zu finden.

Seine Gegenspielerin Nancy Pelosi, die als erste Frau in der Geschichte der USA die Mehrheitsführerin im Repräsentantenhaus wird, hat die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg erkannt und den Republikanern ihre Hand ausgestreckt. „Madame Speaker“ verfügt über eine weitreichende Vetomacht, indem sie allein die Tagesordnung ihres Hauses bestimmen kann. Sie weiß aber auch, dass sich die Amerikaner bei dieser Zwischenwahl für eine Machtbalance in der Mitte entschieden haben, die im Blick auf das ländliche Amerika eine neue Gemeinsamkeit einer eher konservativ gestimmten Toleranz, kraftvoll und energisch, aber ohne linke und rechte Außenpositionen bewerkstelligen soll. Wenn Nancy Pelosi in den kommenden zwei Jahren Erfolg haben sollte, dürfte es die in New York mit siebenzig Prozentiger Mehrheit wiedergewählte Senatorin Hillary Clinton schwer haben, von ihrer Partei als Präsidentschaftskandidatin nominiert zu werden. ♦

Wolfgang Bergdorf